

DER SPRINGENDE PUNKT

Nürnberg.

SPD

» AG 60PLUS: DIE BEZIRKSTAGSKANDIDIERENDEN IM INTERVIEW

» 150 JAHRE SPD SCHWEINAU



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Es ist erschreckend, welchen Aufwind Rechtsextreme in diesem Land derzeit bei Wahlen haben. Sie versprechen Menschen und er Krise einfache Lösungen und Sündenböcke: „die da oben“ seien an allem schuld, „die Ampel“ müsse einfach weg und wenn man nur die Ausländer abschieben würde, wäre alles wieder gut. Doch es ist klar: eine ausländerfeindliche Politik wäre nicht nur menschenfeindlich, sondern schafft keinen einzigen Arbeitsplatz - ganz im Gegenteil würde sie den Arbeitskräftemangel auch noch verschärfen. Gegen irgendwen zu hetzen, schafft keinen bezahlbaren Wohnraum oder bezahlbare Energie.

Nur soziale und ökologische Politik schafft Fortschritt. Dafür kämpft die SPD. Dass Menschen gerade auf einfache Antworten hereinfallen, zeigt große Verunsicherung und Veränderungsmüdigkeit. Unser Versprechen muss lauten: egal, wie sehr sich die Dinge verändern, wir bieten Dir Sicherheit. Sicherheit, dass du dir das Leben weiterhin gut leisten kannst, dass Deine Arbeit respektiert wird, dass wir gemeinsam an einer demokratischen Gesellschaft teilhaben können.

Mein Appell an unsere demokratischen Partner: lasst uns zusammenhalten und nicht selbst in populistische und radikale Tendenzen verfallen. Weder sollte die Union eine „AfD mit Substanz“ sein, noch sollte sie auf irgendeiner Ebene mit Rechtsextremen zusammenarbeiten. An Demos wie in Erding sollten sich Demokraten nicht beteiligen - sondern konstruktiv bleiben. Vergessen wir nie: die Weimarer Republik scheiterte nicht an zu wenig Gesetzen. Sondern an zu wenig Demokraten, die bis Schluss sie gekämpft haben.

Euer

Nasser Ahmed



DIE HALBZEITBILANZ!

von GABRIELA HEINRICH, MdB

Ja, in der Ampel wird auch gestritten, das gehört zur Demokratie dazu. An dieser Stelle möchte ich ganz unaufgeregt einen Blick darauf werfen, was die SPD-geführte Koalition in der ersten Hälfte der Wahlperiode gemeinsam erreicht hat.

Krisenmanagement

Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine helfen wir dem angegriffenen Land, sich selbst zu verteidigen. Nach den USA sind wir weltweit der zweitgrößte Unterstützer. Gleichzeitig hat uns der besonnene Kurs von Olaf Scholz davor bewahrt, selbst in den Krieg hineingezogen zu werden. Auch in

Deutschland haben wir schnell und gut reagiert: Niemand musste im Winter frieren. Die Industrie ist nicht zusammengebrochen, nachdem Putin uns letztes Jahr den Gashahn zugedreht hatte. Möglich war das durch beherztes Handeln – im Rekordtempo wurden neue Flüssiggasterminals aus dem Boden gestampft und neue Partnerschaften geschlossen. Einer Vielzahl von Hilfen folgten schließlich die Gaspreis- und Strompreisbremse zugunsten bezahlbarer **Energiekosten**. Nicht zuletzt haben wir mit dem „Sondervermögen Bundeswehr“ die Konsequenzen aus der Zeitenwende gezogen. Deutschland und Europa müssen unabhängiger werden, wenn es darum geht, sich selbst verteidigen zu können.

Politik für Beschäftigte

Wir haben den **gesetzlichen Mindestlohn** – wie versprochen – kräftig erhöht, auf 12 Euro. Zugleich haben wir durchgesetzt, dass Einkommen bis zu 2.000 Euro von Sozialabgaben entlastet werden. Für Erwerbstätige mit geringem Einkommen haben wir gleich zwei große Reformen geliefert. Erstens kam der **erhöhte Kinderzuschlag** für erwerbstätige Eltern mit kleinem Einkommen. Zweitens haben wir eine **große Wohngeldreform** durchgesetzt, dabei die Leistungen im Schnitt verdoppelt und den Kreis der Anspruchsberechtigten von 600.000 auf bis zu 2 Millionen Menschen erweitert. Dazu haben wir eine Heizkosten- und Klimakomponente dauerhaft ins Wohngeld integriert. Es ist eine gezielte Maßnahme für Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit kaum über die Runden kommen.

Politik für Familien

Familien profitieren von der kräftigen **Kinder Gelderhöhung**. Eine Familie mit zwei Kindern bekommt dadurch im Jahr 744 Euro mehr. Zugleich haben wir den einkommensabhängigen **Kinderzuschlag** ebenfalls auf maximal 250 Euro monatlich erhöht. Den Kinderzuschlag können erwerbstätige Eltern mit geringem Einkommen zusätzlich zum Kindergeld beantragen. Mit der **Kindergrundsicherung** werden wir **als nächstes** u.a. sicherstellen, dass auch alle mit einem Anspruch auf Kinderzuschlag davon erfahren – die meisten wissen das nämlich gar nicht! Uns geht es aber nicht nur um Geld für Familien. Bis Ende 2027 stellen wir den Ländern für neue **Ganztagschulplätze** fast drei Milliarden Euro zur Verfügung. Mit dem **KiTa-Qualitätsgesetz** unterstützt der Bund die Länder in den Jahren 2023 und 2024 mit insgesamt rund vier Milliarden Euro. Übrigens: Die SPD hatte einst nicht nur den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr durchgesetzt, sondern auch den auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern ab 2026. Für die Kinder – aber auch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Politik für Ältere

Für **Rentner*innen** gab es letztes Jahr im Westen ein Plus von über 5 Prozent, in diesem Jahr über 4 Prozent. Nachdem die SPD in der Großen Koalition durchgesetzt hatte, dass das Rentenniveau mindestens bis 2025 erhalten bleibt, arbeiten wir nun in der Ampel dafür, dass das auch danach so bleibt. Wir hatten zudem eine deutliche Verbesserung für Erwerbsgeminderte erreicht und innerhalb der Ampel durchgesetzt, dass auch Rentner*innen die Energiepauschale von 300 Euro erhalten. Deutlich mehr Rentnerinnen und Rentner haben jetzt Zugang zum oben bereits erwähnten Wohngeld – auch bei den Heizkosten. Das kann man nicht oft genug

sagen! Denn viele von ihnen wissen gar nicht, dass sie Anspruch auf Unterstützung haben. Nicht zuletzt: Die Zuschüsse für den barrierefreien Umbau von Wohnraum verdoppeln wir auf 150 Mio. Euro ab dem kommenden Jahr. Verbesserungen für **Pflegebedürftige und ihre Angehörigen** starten ab dem kommenden Jahr: Wir erhöhen deutlich das Pflegegeld und die Pflegesachleistungen und führen schrittweise ein unbürokratisches Entlastungsbudget ein. Nicht nur für Ältere, sondern auch für Eltern von Kindern und Jugendlichen mit einer schweren Behinderung. Anfang kommenden Jahres wird zudem der Eigenanteil für die Pflegekosten im Heim weiter gesenkt.

Politik für Chancen

Beim **BAföG** haben wir mit einer ersten Reform bereits die Bedarfssätze, den Kinderbetreuungszuschlag und den Wohnzuschlag deutlich erhöht – wie auch den Kreis der Berechtigten. 4.000 sozial benachteiligte Schulen im Land wollen wir mit einem **„Startchancen-Programm“** mit einer Milliarde Euro im Jahr fördern. Mit dem **Weiterbildungsgesetz** haben wir unter anderem eine Ausbildungsgarantie und ein Qualifizierungsgeld (wenn Strukturwandel den Arbeitsplatz bedroht) beschlossen. Mit dem **Bürgergeld** haben wir ein zentrales Wahlversprechen bereits umgesetzt. Wir setzen nun auf nachhaltige Rückkehr in den Arbeitsmarkt – Ausbildung statt Vermittlung in den erstbesten Hilfsjob. Wer sich in der Arbeitslosigkeit weiterbildet, wird finanziell belohnt – mit 150 Euro Weiterbildungsgeld im Monat. Für Langzeitarbeitslose führen wir die einst von der SPD durchgesetzte geförderte Beschäftigung fort: Mit Lohnkostenzuschüssen und Begleitung werden viele unterstützt, die eigentlich schon aufgegeben hatten. Beidseitige Chancen bringt das neue **Fachkräfteinwanderungsgesetz**. Wir senken die Hürden deutlich durch weniger Bürokratie, damit mehr Fachkräfte zu uns kommen, von der IT-Spezialistin bis hin zum Krankenpfleger. Um Chancen geht es auch beim neuen **Chancen-Aufenthalt** für Geduldete. Wir bauen damit auf der Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung auf, die wir in der Großen Koalition durchgesetzt hatten. Zudem kommt die Möglichkeit des „Spurwechsels“ für erwerbstätige Asylbewerber.

Politik für die Zukunft

Wir haben mit zahlreichen Maßnahmen Hürden für neue Windkraftanlagen und erneuerbare Energie beseitigt. Wir beschleunigen weiter Planungs- und Genehmigungsverfahren und haben mit dem **„Windenergie-an-Land-Gesetz“** auch die Länder zum Mitmachen bei der Energiewende verpflichtet. Das ist notwendig, weil die Staatsregierung in Bayern die Energiewende

ausbremst (wie übrigens auch das grün-regierte Baden-Württemberg). Wir brauchen schnell mehr erneuerbare Energie, um unabhängiger zu werden, um steigenden Bedarf zu decken (z.B. Elektromobilität), zugunsten bezahlbarer Energiepreise und eben auch für das Klima. Die sogenannte EEG-Umlage hatten wir zugunsten niedrigerer Strompreise abgeschafft. Unser Ziel bleibt, bis 2045 ein **klimaneutrales Industrieland** zu werden. Mit Zukunftstechnologie wollen wir neue Arbeitsplätze schaffen – auch mit der neuen Digitalstrategie – sowie Infrastruktur und Wasserstoffnetze ausbauen. Olaf Scholz setzt dabei auch auf neue Partnerschaften auf Augenhöhe durch Energiepartnerschaften mit dem Globalen Süden.

Politik für Nürnberg

Eine Vielzahl an Bundesmitteln ist in den letzten zwei Jahren nach Nürnberg geflossen. Dafür habe ich mich in Berlin eingesetzt. Hierzu gehören zum Beispiel 6 Millionen Euro für die energetische Generalsanierung des **Freibades Bayern 07** und 700.000 Euro aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm des Bundes für den **Johannisfriedhof**. Auch kulturelle Förderung gab es, zum Beispiel: 20 Millionen Euro aus dem Bundesprogramm KulturInvest für Ermöglichungsräume für Kunst und Kultur in der **Kongresshalle**. Über 300.000 Euro für die energetische Sanierung des **Neuen Museums**. Aus der „Initiative Musik“ flossen Mittel für das **Jazz Studio Nürnberg**, den **Z-Bau** und das Stadtteilzentrum **DESI**. Das Programm „Kultur macht stark“ bezuschusste unter anderem den **Kreisjugendring**, das **Germanische Nationalmuseum** und **JugendKinderKultur Quibble**. Über 300.000 Euro gab es seit dem Start der Ampel für die **Partnerschaft für Demokratie in Nürnberg**. Gefördert wurden damit Fortbildungen, Aktionen und Veranstaltungen wie die Ausstellung „Frauen eine Stimme geben“ der Evangelischen Jugend Nürnberg. Seit die SPD regiert, geht es auch mit der städtebaulichen Unterstützung für Nürnberg weiter bergauf: 15 Millionen Euro an Städtebauförderung gab es in zwei Jahren, unter anderem für die **Altstadt**, die **Weststadt**, **Langwasser**, **Gibitzenhof**, **St. Leonhard/Schweinau**, das Gebiet **Wöhrder See** aber auch für **Schwabach**. Damit wird vor allem die Lebensqualität vor Ort verbessert, etwa mit der Neugestaltung von Plätzen und Parks. Fast 100 Millionen Euro flossen darüber hinaus alleine letztes Jahr als Zuschüsse aus der **Bundesförderung für effiziente Gebäude** nach Nürnberg, dreimal so viel wie im Vorjahr. Der Zuschuss für die Stadt im Rahmen des kommunalen Förderprogramms verdoppelte sich von 5,3 auf rund 10 Millionen Euro. 400.000 Euro flossen im letzten Jahr über das KfW-Programm **„Altersgerecht umbauen“** nach Nürnberg. Förderungen gab es aber auch für den Klimaschutz, zum Beispiel aus dem

Programm **„Klimafreundlicher Neubau“** und Zuschüsse für gewerbliche Ladestützpunkte zugunsten der Elektromobilität

Und sonst?

Klargestellt haben wir, dass „geschlechtsspezifische“ und „gegen die sexuelle Orientierung gerichtete“ Tatmotive zu höheren Strafen führen – um **Hassverbrechen** härter zu bestrafen. Wir haben zudem dafür gesorgt, dass Ärzt*innen über **Schwangerschaftsabbrüche** informieren können, ohne eine Strafverfolgung befürchten zu müssen. Wir haben die **Wahlrechtsreform** beschlossen, mit der wir den Bundestag – gegen den Widerstand der CSU – verkleinern. Mit dem **Deutschlandticket** haben wir den ÖPNV attraktiver und bezahlbarer gemacht. Und nicht zuletzt: Mit dem 18. Geburtstag gibt es jetzt einen **KulturPass** mit einem Budget von 200 Euro für kulturelle Veranstaltungen!

Ich finde, dass die Ampel richtig viel auf die Beine gestellt hat! Vieles davon hätte es mit CDU und CSU nicht gegeben.



In Nürnberg leben und arbeiten Menschen aus mehr als einhundert Ländern, unsere Stadt ist von Vielfalt geprägt. Diese Menschen sind als „Gastarbeiter*innen“ geholt worden, sind als Kriegsflüchtlinge und politisch Verfolgte zu uns gekommen und versuchen, ihren Traum von einem glücklichen Leben zu verwirklichen.

Aber auch in unserer Stadt gibt es Bürger*innen und Parteien, die diesen Menschen dieses Recht verwehren wollen. Wohin eine solche Einstellung führt, was rassistische Hetze bewirkt, haben wir oft erleben müssen: der rechtsterroristische NSU ermordete zehn Menschen, drei davon in Nürnberg. Ein weiterer überlebte einen Bombenanschlag in Nürnberg nur knapp. 2020 erschoss ein Nazi in Hanaun neun junge Menschen, in Halle versuchte ein Rechtsextremist die Synagoge anzugreifen und ermordete zwei Menschen. Diese Liste ließe sich leider noch lange fortsetzen.

Zahlreiche Organisationen, Verbände und Parteien haben jetzt zum neunten Mal dazu beigetragen, dass dieses Straßenfest inzwischen zu einer festen Institution in der Südstadt geworden ist. Zahlreiche Infostände informierten die Besucher*innen über das Engagement für die Menschenrechte, gegen Rassismus. Und ein abwechslungsreiches, buntes und internationales Kulturprogramm auf der Bühne verdeutlichte die Vielfalt des Lebens in unserer Stadt, setzte ein Zeichen für Demokratie, für ein friedliches Zusammenleben.

Im nächsten Jahr wird die SPD wieder dabei sein, dann bei der zehnten Ausgabe dieses wichtigen und traditionsreichen Festes!



KARL BRÖGERS „ROTE ERDE“



Quelle: Archiv der Arbeiterjugendbewegung, Fotosammlung.

von CLAUDIA KUPFER-SCHREINER

Auf ins Dortmunder Westfalenstadion

Die Stadt hat sich festlich gemacht, überall rote Fahnen. Aus allen Himmelsrichtungen strömen sie in das Land der roten Erde, vorbei an Fabriken, an Fördertürmen und qualmenden Schornsteinen – hinein ins Dortmunder Westfalenstadion. Sie sind gekommen, um die Jugend zu begrüßen: Genoss*innen, Gewerkschafter*innen, Abgeordnete, Kameraden des Reichsbanners, Jung und auch Alt. Sie alle wollen dabei sein beim Fest der 25.000.

Das Stadion füllt sich, ist zum Bersten voll. Durch die Menschenmassen schreiten die jungen Akteur*innen, bis schließlich auf der Bühne ein Wald von roten Fahnen im Licht der Scheinwerfer steht. Allmählich kehrt Ruhe ein, denn alle warten auf den Höhepunkt, auf die „Rote Erde“ von Karl Bröger.

Das Orchester unter der Leitung von Friedrich Weigmann setzt ein und füllt mehr und mehr den Raum. Die Chöre der Jugend beginnen, werden immer stärker und verbinden sich zu einem Klang, bis sie am Ende verkünden:

*Wir brechen auf! Wir schreiten fort!
Wir haben unsern Ruf vernommen.
Nun hört die Welt auch unser Wort.
Wir kommen! Wir kommen!*

Brögers „Rote Erde“ hat jede und jeden erfasst; alle reichen sich die Hände, der Dichter mitten unter ihnen. Und aus 25.000 Kehlen erklingt es:
Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!

Bröger proletarischstes Werk

Brögers „Rote“ Erde“ wurde 1928 in Dortmund beim 5. Reichsjugendtag der Sozialistischen Arbeiterjugend vor 25.000 Zuschauern uraufgeführt. Es ist unbestritten einer der

größten Erfolge Karl Brögers und zeigt, dass der Sozialdemokrat Karl Bröger eben auch in der Weimarer Zeit „dagegehalten“ und klare und unmissverständliche politische Signale gesetzt hat; Bröger, der fünf Jahre später ins KZ nach Dachau verschleppt wurde und danach, trotz Warnung seiner Freunde, der Einladung zu einem Versöhnungsgespräch mit Julius Streicher nicht nachgekommen ist.

Das Sprechchorwerk entstand in der Blütezeit der Arbeiterdichtung damals, in der Zeit zwischen den Weltkriegen. Die Arbeiter, die eigentlich ihre Vaterlandsliebe hatten beweisen wollen, fühlen sich als Kanonenfutter missbraucht, sind desillusioniert und suchen nun den „neuen Menschen“.

In der „Roten Erde“ geht es um das Leben der Hütten- und Bergarbeiter, um die Monotonie der Arbeit, aber ebenso um den Stolz, diese Arbeit zu leisten und zur Arbeiterklasse zu gehören. Die Arbeiter*innen schließen sich zusammen „zum großen Bund“, um dann zu verkünden:
*„Wir sind die Kinder der Roten Erde und wollen, dass endlich Gerechtigkeit werde.
Wir sind der Arbeit Herren
und nicht des Reichtums Spiel.“*
Karl Brögers Worte sind auch Programm in seinem von Friedrich Weigmann vertontem Gedicht: *„Wacht auf in Hütte, Werk und Schacht!“*

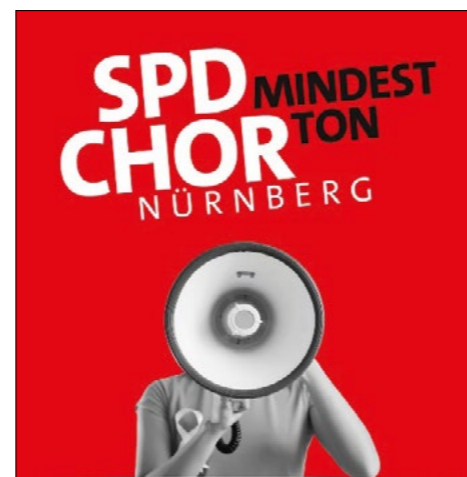
Sprechchöre: die „Kunst der Masse“

Von großer Bedeutung waren die Sprechchöre als die „Kunst der Masse“, die aufrütteln wollte, sich abheben wollte von der kleinbürgerlichen Unterhaltungskultur. Die sozialistischen Sprechchöre sollten Geburtshelfer einer neuen Gesellschaft sein. Durch ihre Eindringlichkeit und Geschlossenheit erzielten sie eine gewaltige Wirkung.

Schon vor dem ersten Weltkrieg gab es Sprechchöre, insbesondere bei großen Fest-

veranstaltungen der sozialistischen Jugend. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Arbeitersprechchor noch populärer, und in den 20er Jahren brach eine regelrechte Sprechchor-Euphorie aus. Es gab zum Beispiel Sprechchorleitfäden, Preisausschreiben für das beste Sprechchorwerk und ab 1926 sogar eine „Sprechchorzentrale des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit“ der sozialdemokratischen Partei.

Leider konnten sich der Sprechchor der Arbeiterbewegung nicht über die Jahre im Musiktheater etablieren. Ein Grund liegt sicherlich unter anderem darin, dass er von den Nationalsozialisten vereinnahmt und für ihre Zwecke missbraucht wurde.



Chorleiterin:
Karoline Wlochowitz

Es singen mit:
Michaela Ahmed (2. Chorsprecherin)
Birgit Birchner
Thomas Etterer
Rosemarie Feder
Natascha Hoffmann-Killer
Christa Hösel
Ingrid Jung
Christine Kayser
Reinhard Klix
Franziska Köllisch
Barbara König
Dr. Claudia Kupfer-Schreiner (Chorsprecherin)

Eberhard Lehrenkrauß
Ingo Lemme
Christoph zur Mühlen
Theresa Nöth
Stefan Porten
Hanns Prechtl
Gabriele Prechtl
Tasja Pröbß
Angela Rauscher
Sabine Schätzlein-Kümmel
Klaus Schrage (2. Chorsprecher)
Andreas Schreiner
Katrin Sell



„ROTE ERDE“

EINE HOMMAGE AN KARL BRÖGER, DEN GROSSEN
ARBEITERDICHTER NÜRNBERGS

von CLAUDIA KUPFER-SCHREINER

Ein Fest für Karl Bröger

Zu einer spannenden Zeitreise lud die Karl-Bröger-Gesellschaft ein. Karl Bröger, „unser“ Nürnberger Arbeiterdichter, sollte neu entdeckt werden. Michael Ziegler, unermüdlicher Motivator, Ideengeber und Vorsitzender der Karl-Bröger-Gesellschaft, hatte für das Fest am 23. Juni in Karl-Bröger-Zentrum Spannendes und Überraschendes vorbereitet: So konnte er als Redner Klaus Schamberger und Achim Bröger gewinnen. Beide verbindet die Freundschaft ihrer Großväter und damaligen SPD-Stadträte Karl Bröger und Gregor Schamberger, die 1933 zusammen ins KZ Dachau verschleppt wurden.

Einen weiteren Höhepunkt präsentierte der SPD-Chor MindestTon, der das 1928 erstmals aufgeführte Sprechchorwerk Brögers, die „Rote Erde“, eindringlich in Szene setzte - als Hommage an den großen Arbeiterdichter, aber auch als kleines Dankeschön des Chores für die solidarische Unterstützung durch die Karl-Bröger-Gesellschaft. Nach langen Recherchen in Archiven und Bibliotheken hatte sich der Chor dafür entschieden, die „Rote Erde“ für das Karl-Bröger-Fest in gekürzter Form vorzutragen.

Er wollte noch so viel schaffen.

Achim Bröger ist in die Fußstapfen seines Großvaters getreten und ein renommierter Kinder- und Jugendbuchautor geworden. Er hat „Opa Karl“ nicht mehr kennengelernt, denn er wurde im Mai 1944 acht Tage nach Brögers Tod als dessen erster Enkel geboren. Auch wenn die Familie dem kleinen Achim gar nicht so viel über seinen Opa erzählte und er sich viel von dem, was er weiß, angelesen hat, so ist ihm der folgende Satz von „Oma Anna“ in Erinnerung geblieben: „Karl wollte noch so viel schaffen.“

Dies hat Achim Bröger dazu inspiriert, darüber nachzudenken, wie sein Großvater, wenn er nicht so früh gestorben wäre, die Nachkriegszeit erlebt hätte. In dieser Was-wäre-wenn-Geschichte erleben wir Karl Bröger beispielsweise, wie er weiter journalistisch und schriftstellerisch tätig ist, wie er sich über den Einfluss der alten Nazis in der neuen Bundesrepublik empört, wie er sich als Pazifist in der Friedensbewegung einbringt und als Mitglied des PEN-Clubs für Pressenfreiheit und gegen Völkerhass einsetzt.

Romantische Gedichte im Rucksack

Klaus Schamberger erzählt, gewohnt launig, von einer wenig beachteten literarischen Seite Karl Brögers und nennt ihn einen „wohltuenden Romantiker“. Er nimmt uns mit auf eine Reise: Mit Brögers Gedichtband „Unsere Straßen klingen“ im Rucksack machen sich vier „angehende alte Deppen“ auf in die Einsamkeit der Fränkischen Schweiz und erleben hautnah unterwegs beim Wandern oder „unter der Glühbirn knapp vorm Einschlafen“ Brögers Romantik in seinen Gedichten:

*Stille quillt aus allen Räumen,
füllt den Tag so weit und breit,
und in buntem Wirbel schäumen
Farben letzter Heiterkeit.*



Michael Ziegler, Achim Bröger und Klaus Schamberger

„Wir sollten die Reise zum Bröger und in die Romantik so bald wie möglich noch einmal machen“, schlägt Schamberger vor und könnte damit nicht besser überleiten zu Michael Ziegler, der im Anschluss das Publikum mit dem romantischen Gedicht Brögers „Fränkisches Land“ auf das folgende Programm einstimmt.

Die „Rote Erde“ mit MindestTon neu erleben

Der Chor beginnt mit einem bunten Reigen musikalischer und literarischer Leckerbissen, neben dem „Kanon von Pachelbel“, der „Ode an die Freude“, klassischen Arbeiterliedern wie das „Lied von der Moldau“ oder „Bandiera Rossa“ werden von der Schauspielerinnen und Rezitatorin Gudrun Wiedemann zwei der berühmtesten Gedichte Brögers vorgetragen: Das „Lied der Arbeit“ und „Abkehr vom Krieg“.

Danach wird das Publikum vom SPD-Chor mitgenommen in das Jahr 1928 und gewinnt einen Eindruck von diesem emotionalen Höhepunkt des Reichsjugendtages in Dortmund. Unter zwei Traditionsfahnen präsentiert der Chor in gekürzter Form die „Rote Erde“, und es entsteht, so eine Besucherin „wirklich ein richtiges Gänsehautfeeling“.



Gudrun Wiedemann

Karoline Wlochowitz

Entscheidenden Anteil daran, dass die Vorstellung des erst zwei Jahre bestehenden Chores zu einem so respektablen Ergebnis führte, hat zunächst Chorleiterin Karoline Wlochowitz, die mit langem Atem und einigen zusätzlichen Proben die Lieder, die Musikintermezzi und auch den anspruchsvollen Chorsatz von Weigmann einübte. Zudem konnte Gudrun Wiedemann nicht nur als Gedichtrezitatorin, sondern auch als Sprechcoach gewonnen werden. Mit viel Geduld und Fachkompetenz leitete sie die Sänger*innen an und vermittelte ihnen neue Einsichten in die Bedeutung von Stimmhebungen und -senkungen, von Sprechgeschwindigkeit oder von Pausen.

So wurde dieser Abend zu einem Erlebnis der besonderen Art, und es gelang tatsächlich, einige Facetten und Seiten Karl Brögers aus einer neuen Perspektive zu sehen oder auch neu zu entdecken. Wir dürfen schon auf die Fortsetzung gespannt sein.

ALTENFURTER SPIELPLATZINITIATIVE STARTET SPENDENAKTION

von DANIEL GECKERT

In unseren Nürnberger Stadtteilen sind Spielplätze ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Lebens. Sie bieten Kindern nicht nur die Möglichkeit, sich auszutoben und zu spielen, sondern dienen auch als Treffpunkt für Familien und Nachbarn. Leider sind viele dieser Spielplätze in einem desolaten Zustand und bedürfen dringend einer Sanierung. So steht es auch um das Areal in der Wohlauser Straße in Altenfurt, das seit letztem Jahr den wenig schmeichelhaften Titel „Traurigster Spielplatz Nürnbergs“ für sich beanspruchen kann.

Der demografische Wandel schreitet auch in Altenfurt voran. Ein schöner Aspekt ist der Zuzug junger Familien in die Wohnquartiere des Stadtteils. Diese Entwicklung macht aber den Mangel an Spiel- und Freizeitmöglichkeiten, gerade nördlich der Löwenberger Straße, sehr deutlich. „Spielplatztourismus“ ist zu einem geflügelten Begriff dafür geworden, sich mit den Kleinen Tag für Tag auf den Weg zu den umliegenden Spielplätzen der Region zu machen, um der Einöde der eigenen Anlage zu entfliehen. Nicht nur Eltern können sich vorstellen, wie wichtig es ist, Kinder körperlich auszulasten und in ansprechender Umgebung altersgerecht toben zu lassen.

Um den genannten Missständen entgegenzuwirken hat sich eine Initiative gegründet.



Foto: Günter Distler, NNZ

Nachdem in den Plänen der Stadtverwaltung auf absehbare Zeit keine Aktivitäten auf dem Areal in der Wohlauser Straße geplant sind, musste man hier selbst aktiv werden. Mit Ideen aus dem OV und mit Unterstützung des Bürgervereins Süd-Ost wurden in den letzten Monaten dafür die Voraussetzungen geschaffen.

Das beinhaltet unter anderem, Kontakt mit potentiellen Unterstützer*innen und den Betroffenen aufzunehmen und mit den verantwortlichen Ansprechpartner:innen der Stadt (Jugendamt, SöR) die Bedingungen und Zuständigkeiten zu klären. Im Anschluss konnte die Zielstellung konkretisiert werden und vor Ort die Konzepterstellung für das Gelände angegangen werden.

Im Mittelpunkt der Planung steht die Inanspruchnahme der „aus 1 mach 3“-Aktion der Stadt Nürnberg für soziale Projekte. Über einen kommunalen Topf von Fördergeldern werden die gesammelten Spenden von der Stadt Nürnberg um das Doppelte aufgestockt. Das attraktive Modell soll zur Umsetzung des Projektes bis 2025 beitragen.

Ende Juni konnte nach der finalen Klärung der Voraussetzungen endlich der Startschuss für die Spendenaktion gegeben werden. Seitdem werden die Interessensgruppen über unterschiedlichste Kanäle über den ak-

tuellen Sachstand und die Möglichkeiten der Unterstützung der Initiative informiert. In den Kindergärten und -krippen wurden Aushänge gemacht, bei allen regionalen Festivals und Kärwas wird mit Flyern über die Spendenaktion informiert und die verschiedensten Bühnen der Stadtteile werden zum Spendenaufruf genutzt. So will die Initiative ihr Anliegen in die breite Gesellschaft der Stadtteile tragen.

Im Verlauf der nächsten Monate wird an die positive Berichterstattung in der regionalen Presse angeknüpft werden (s. Regionalteil NN vom 01.07.23), indem in diversen Print- und Digitalmedien weitere Berichte und Artikel zur Spielplatzinitiative erscheinen. So soll auch gewährleistet werden, dass die Menschen im betroffenen Stadtteil über den Fortschritt der Initiative informiert bleiben und sich ermuntert fühlen, zu spenden oder sich zu engagieren.

Die direkte Ansprache von potentiellen Spender*innen, privat wie gewerblich, wird nun intensiviert, um den Spendentopf klingeln zu lassen.

Als Zwischenfazit ist festzuhalten, dass aller Anfang mühsam ist, aber ein erster Schritt gegangen werden musste. MACHEN STATT SÖDERN! Gerade im Jahr der Landtagswahl will die SPD in Altenfurt mit gutem Beispiel vorangehen. Durch Engagement, Zusammenarbeit und Durchhaltevermögen haben sich engagierte Sozialdemokrat*innen seit jeher ausgezeichnet. Indem wir uns gemeinsam für die Sanierung des Spielplatzes einsetzen, schaffen wir einen Ort, an dem sich Kinder ausleben können. Es liegt in unserer Verantwortung, unsere Spielplätze zu erhalten und zu verbessern, damit Kinder einen sicheren und ansprechenden Raum zum Spielen und Entdecken haben.

**Spendenkonto des
Bürgervereins Nürnberg Süd-Ost
IBAN: DE59 7605 0101 0012 2004 08
Verwendungszweck:
Spielplatz Wohlauser Straße**

**Oder direkt per QR-Code
über eine Banking-App**



GROSSER ERFOLG – GLEICHE EINGANGSBESOLDUNG FÜR ALLE LEHRER*INNEN AN ALLEN BAYERISCHEN HOCHSCHULEN

von ARIF TAŞDELEN, MdL

Mehr Gerechtigkeit in Staat und Gesellschaft zu schaffen ist eine zentrale politische Zielsetzung von uns als SPD-Landtagsfraktion. Endlich gibt es sie nun auch für Lehrkräfte an den Grund- und Mittelschulen in Bayern!

Die Bayerische Staatsregierung hat nun den Gesetzentwurf „zur Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes und des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes“ vorgelegt, mit dem die Eingangsbesoldung A 13 auch für Lehrer*innen an Grund- und Mittelschulen Realität wird. Dieses Vorhaben wurde in der 1. Lesung im Plenum sowie im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Diensts beraten.

Das ist nicht zuletzt ein Erfolg unserer permanenten parlamentarischen Initiativen, die wesentlich dazu beigetragen haben, dieses dicke Brett zu bohren und schließlich eine Anhebung der Vergütung und Besoldung durchzusetzen.

So haben wir als SPD-Landtagsfraktion bereits im September 2019 einen Dringlichkeitsantrag in den Landtag eingebracht, der A 13 für alle fordert. Im Oktober 2021 haben wir anhand eines weiteren Dringlichkeitsantrags die Forderung nach einem einheitlichen Eingangsamt A 13 für alle Lehrkräfte an Bayerns Schulen eingebracht. Nach der Ankündigung des Bayerischen Ministerpräsidenten im Herbst 2022, nahmen wir als SPD-Landtagsfraktion Herrn Söder beim Wort und forderten daraufhin anhand eines Dringlichkeitsan-

trags die schnellstmögliche Einführung von A 13 für Lehrkräfte und E 6 für Verwaltungskräfte. Schließlich haben wir im Februar dieses Jahres die Staatsregierung aufgefordert, endlich ein Konzept für die Umsetzung von A 13 vorzulegen. Stattdessen haben CSU und Freie Wähler alle unsere Anträge abgelehnt!

Dabei ist eine faire Besoldung der Lehrkräfte nicht nur wegen der gestiegenen Anforderungen an Grund- und Mittelschulen geboten, sie ist auch unabdingbar, um die Attraktivität des Berufs zu erhöhen und so den Mangel an Lehrer*innen zu verringern. Das ist der bessere Weg für Bayern, anstatt Lehrkräfte aus anderen Bundesländern abzuwerben.

Der Gesetzentwurf sieht vor, ab 1. Januar 2024 eine jährlich aufwachsende Übergangszulage einzuführen, die mit der gesetzlichen Überleitung aller Grund- und Mittelschullehrkräfte nach der Besoldungsgruppe A 13 zum 1. September 2028 endet. Zu diesem Zeitpunkt wird zugleich das Eingangsamt für Grund- und Mittelschullehrkräfte der Besoldungsgruppe A 13 zugeordnet.

Die Richtung stimmt, wir halten das Vorgehen allerdings für zu zögerlich. Die finale Überleitung nach A 13 ist früher möglich, da Bayern ein Land mit starker Finanzkraft ist. Der Endausbau kostet pro Jahr 170 Millionen Euro. Im Mai hat der bayerische Finanzminister mitgeteilt, dass aufgrund der aktuellen Steuerschätzung Bayern mit überplanmäßigen Steuermehreinnahmen von 400 Millionen Euro in 2023 und jeweils 600 Millionen Euro

in den Jahren 2024 und 2025 rechnen kann. Das ist deutlich mehr, als A 13 für alle jährlich kostet. Darauf werden wir als SPD-Landtagsfraktion weiterhin hinweisen.

Ich danke allen Lehrer*innen für das überraschende Engagement für unsere Kinder. Die Angleichung der Besoldung ist mehr als verdient.

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg
Verantwortlich: Andreas Mittelmeier
Redaktion: Nasser Ahmed, Vanessa Kurowski, Oguz Akman
Grafische Gestaltung: Michael Graf
Redaktionsanschrift: SPD Nürnberg, Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg
E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de
Tel: 0911 - 438960
Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.
Auflage: 5.500 Exemplare





150 JAHRE SPD SCHWEINAU

von VICTOR STROGIES

Die SPD hat zwei Gründungsorganisationen. 1863 gründete Ferdinand Lasalle den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein (ADAV). 1868 wurde in Nürnberg auf dem 5. Verbandstag der deutschen Arbeitervereine beschlossen eine sozialistische Arbeiterpartei zu gründen. 1869 wurde auf dem Eisenacher Kongress die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) mit August Bebel an der Spitze gegründet. 1875 schlossen sich die SDAP und der ADAV unter dem Namen Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) zusammen.

In Schweinau wurde die SDAP am 09.03.1873 gegründet. Schweinau gehörte damals noch nicht zu Nürnberg. Doch Hochburg der Sozialdemokrat*innen war Sündersbühl.

Das „Fürther Demokratische Wochenblatt“ beschrieb die Gründung folgendermaßen:

„Die heute von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei hier anberaumte Volksversamm-

lung war außerordentlich stark besucht. Nachdem Bauer zum Vorsitzenden und Lorenz zum Schriftführer erwählt waren, referierten Hagenbauer, Memminger, Muth, Siebert und Wörlein über die Arbeiterbewegung und ihre Ziele. Sie sahen, daß sie die Sympathien bei der Schweinauer Bevölkerung gefunden hatten. Die Versammlung nahm zwei Resolutionen an. Die eine gegen die [unleserlich] protestierend, die zweite, in welcher die Versammlung ihre Übereinstimmung mit den von den Rednern entwickelten Grundsätzen aussprach. Mit der ersten Resolution wurde zugleich dem Reichstagsabgeordneten Krämer ein förmliches Mißtrauensvotum ausgesprochen, da dem zwei Redner dasselbe unter dem größten Beifalle der Anwesenden begründet hatten. Nachdem mit warmen Worten die Gründung einer Parteimitgliedschaft für Schweinau befürwortet worden war, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie, in das die Anwesenden kräftig einstimmten. Sofort ließen sich 40 Mann in die Partei aufnehmen. Die Mitgliedschaft Schwei-

nau ist somit gegründet. Als dieses Resultat im Saale bekannt wurde, war allgemeiner Jubel. Unter Hochs auf die neue Mitgliedschaft und die Partei und Freiheitslieder singend, treten die Nürnberg-Wöhrder Parteigenossen den Rückweg an. Sie trennten sich mit dem festen Entschluß, keine Woche mehr ohne Agitation vorübergehen zu lassen. Durch Kampf zum Sieg! Mit fester Organisation, strenger Disziplin und stetiger Agitation müssen wir zum Ziele gelangen.“

Die Sozialdemokratie setzte sich damals wie heute für die Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung ein. Wie die SPD heute in Deutschland nur von Antidemokrat*innen geschmäht und von Interessenvertretern von Partikularinteressen madig gemacht, wurde die Sozialdemokratie in diesen Zeiten staatlich verfolgt. Nachdem Verbot der Sozialdemokratie in Nürnberg wurde durch Beschluss des Magistrats (Stadtrat) die Mitgliedschaft in der Schweinauer Organisation ab August 1874 verboten. Die Schweinauer Sozialdemokrat*innen konnten sich in der Folge nur noch heimlich organisieren. Aufzeichnungen aus dieser Zeit fehlen dementsprechend.

Mit den Sozialistengesetzen des Antidemokraten Bismarcks wurde die Sozialdemokratie in der Zeit zwischen 1878 und 1890 verboten und ihre Mitglieder verfolgt. Trotzdem gelang es den Sozialdemokrat*innen von Wahl zu Wahl mehr Abgeordnete im Reichstag zu stellen.

Nach Aufhebung des Verbots nahm die Partei ihren heutigen Namen Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD) an und stellte von 1890 bis 1932 die stärkste Fraktion im Reichstag und heute im Bundestag.

Karl Grillenberger wurde 1881 als erster Sozialdemokrat aus Nürnberg inkl. Schweinau mit über 50 Prozent in den Reichstag gewählt. In Schweinau waren die Ergebnisse der Sozialdemokraten deutlich besser. So erhielt Grillenberger bereits 1874 über 55 Prozent. 1884 über 65 und 1887 fast 75 Prozent der Stimmen. Die Arbeiter*innen wussten, dass sie sich auf die Sozialdemokrat*innen verlassen können. Die damaligen Versprechen, dass jeder Bürger Anspruch auf eine warme Wohnung, genügend Essen und ausreichend Kleidung verfügen sollte, wurde nach der 1918er Revolution umgesetzt.

In Bayern wurden die Rechte der Sozialdemokrat*innen auch nach 1890 eingeschränkt. Die SPD war nicht nur die Vertreterin der arbeitenden Bevölkerung, sondern stand auch für die Interessen Frankens in Bayern. Auch deshalb zogen 1893 für Nürnberg nur Sozialdemokrat*innen mit absolu-

ter Mehrheit in den bayerischen Landtag ein.

1898 wurde Schweinau ein Teil Nürnbergs. Der Name Sündersbühl wurde durch die Bezeichnung St. Leonhard verdrängt. Teile Schweinaus wurden ebenfalls zu St. Leonhard. Dafür gewann Schweinau im Süden Gebiete des 1922 eingemeindeten Röthenbachs hinzu.

Nach dem Tod von Grillenberger 1897 kam es zu innerparteilichen Auseinandersetzungen. Um den Willen der Basis stärker zu berücksichtigen, wurde 1900 der noch heute existierende Parteiausschuss gegründet. Er sollte den Willen der Basis, zwischen den Parteitag, Geltung verschaffen.

Bei den Kommunalwahlen wurde die SPD stark benachteiligt. Wahlberechtigt waren nur Menschen mit Bürgerrecht. Die Gebühren für das Bürgerrecht waren sehr hoch, sodass nur ein Bruchteil der Bevölkerung wahlberechtigt war. Nach Lockerung der Zugangsvoraussetzungen erzielte die SPD in Sündersbühl und Schweinau jeweils deutlich über 50 Prozent. 1914 zog mit dem Gastwirt Hans Immerzehder das erste Ortsvereinsmitglied der Schweinauer SPD in den Stadtrat ein. Die SPD stellte die Mehrheit im Stadtrat.

Ab 1919 wurde auch Bayern von einer Koalitionsregierung unter Führung der SPD regiert. Mit Segitz (Ministerium für Soziale Fürsorge) und Schnepfenhorst (militärische Angelegenheiten) wurden zwei Nürnberger Minister in Bayern.

Von 1928 bis 1930 war Hermann Müller (SPD), Abgeordneter von Nürnberg, Reichs-



kanzler. Die Nürnberger SPD stellte damit bereits einen Kanzler. Andere Parteien können davon nur träumen.

Bis 1933 wurde Nürnberg von der SPD und dem von der SPD unterstützten Oberbürgermeister Dr. Luppe regiert. Nach der Einsetzung von Adolf Hitler zum Reichskanzler, durch den bürgerlichen Reichspräsidenten Hindenburg, und Bildung einer faschistisch-bürgerlichen Koalitionsregierung, begann der Nazi-Terror auch in Schweinau. Funktionäre der SPD wurden verhaftet und am 27. Juni 1933 die SPD zum zweiten Mal in ihrer Geschichte verboten. Die Parteiarbeit ging im Untergrund weiter. Einzelne Genoss*innen trafen sich privat. Manche verteilten heimlich die Zeitung des „neuen Sozialdemokrat“. Bei Entdeckung drohten Verhaftung, Konzentrationslager und Tod. Die SPD wurde vom Exilvorstand in Prag geleitet.

Nach der Befreiung Deutschlands wurde im Sommer 1945 der SPD Ortsverein St. Leonhard-Schweinau wieder gegründet. Ihr Mit-

glied Hans Ziegler wurde Oberbürgermeister von Nürnberg. 1946 gewann die SPD die Stadtratswahl mit 45,8 Prozent. Der Schweinauer Otto Bärenreuther wurde zum Fraktionsvorsitzender der SPD gewählt. 1952 zog mit Ferdinand Drexler der erste Schweinauer Sozialdemokrat in den Landtag ein.

Von 1982 bis 1994 vertrat Toni Schimpl, der die Jusos im Bezirk Franken von 1974 bis 1979 führte, nochmals ein Schweinauer die SPD im Landtag.

2003 verlor Juliane Freund ihr Bezirkstagsmandat und 2008 hörte Heidi Schwarz als Stadträtin auf. Seitdem ist die Schweinauer SPD in keinem Parlament mehr vertreten.

Seit 2009 wird der Ortsverein Leonhard-Schweinau von Victor Strogies geführt. Er tritt am 8. Oktober für den Wahlkreis Nürnberg-Nord, Listenplatz 3 für den Bezirksrat an. Mit seiner Wahl konnte die 15-jährige Parlamentsabwesenheit der SPD Leonhard-Schweinau wieder beendet werden.





Von links nach rechts: Arne Engelhardt, Magdalena Reiß, Victor Strogies und Sabine Knuhr.

DIE BEZIRKSTAGSKANDIDAT*INNEN STELLEN SICH SENIORENPOLITISCHEN FRAGEN DER AG 60PLUS

In Bayern leben derzeit 2,8 Mio Menschen über 65 Jahre, das sind 20,9% der Bevölkerung, Tendenz steigend. Die Politik muss die Interessen und Bedarfe der Senior*innen ernst nehmen und entsprechend handeln. Dabei ist das Spektrum breit gestreut, der Bezirk ist vor allem zuständig für den Bereich Pflege und Daseinsvorsorge in all seinen Facetten – stationäres Wohnen mit laufend steigenden Kosten, zu wenige Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeplätze und nicht zu vergessen die ambulante Pflege.

Wo siehst Du hier Ansatzpunkte, gegenzusteuern?

Victor Strogies:

Der Bezirk ist in erster Linie Kostenträger. Das bedeutet, dass der Bezirk einspringt, wenn das Einkommen und Vermögen der Menschen nicht ausreicht, um für die Kosten ihrer Pflege aufzukommen. Dem Bezirk gehören auch Pflegeeinrichtungen. Für mich ist es wichtig, die Interessen der Betroffenen zu vertreten. Die meisten Menschen möchten in der eigenen Wohnung leben.

Es gibt sehr wenige Menschen, die nicht ambulant gepflegt und versorgt werden können. In der Regel ist eine häusliche Versorgung weniger personalintensiv als eine Heimunterbringung. Häufig werden alte, psychisch kranke und alkoholranke Menschen gegen ihren Willen in Heimen untergebracht und ihre Wohnungen aufgelöst. Eine Heimunterbringung sollte nur die ultima ratio sein. Hier hat der Bezirk Einflussmöglichkeiten. Eine Bezuschussung von Heimunterbringungen sollte nur erfolgen, wenn es von den Betroffenen gewünscht oder nicht anders möglich ist.

Die Pflege von alten Menschen ruht sehr häufig auf den Schultern von Angehörigen. Ihre Arbeit verdient hohe Anerkennung. Sie sind für die Menschen da und entlasten das Sozialsystem. Diese Menschen werden häufig im Regen stehen gelassen. Das führt zu Überforderung und letztendlich dazu, dass Pflegebedürftige doch in ein Heim müssen. Bundespolitisch wäre es wichtig, ein Pflegegeld analog zum Elterngeld einzuführen.

Um die Angehörigen in Mittelfranken zu entlasten, benötigt es deutlich mehr Plätze in der Kurzzeit-, Tages- und vor allem Nachtpflege. Für Pflegende ist es wichtig, mindestens einmal die Woche durchschlafen oder mindestens zwei Wochen im Jahr in den Urlaub fahren zu können. Dieses Angebot muss ausgebaut werden, notfalls durch Einrichtungen des Bezirks.

Der Fachkräftemangel macht sich in der Pflege besonders bemerkbar, insbesondere wird zu wenig ausgebildet.

Welche Wege siehst Du, den Pflegeberuf attraktiver zu machen und wie stehst Du zu der Anwerbung ausländischer Fachkräfte?

Arne Engelhardt:

Der Fachkräftemangel ist insbesondere in der Pflege leider kein neues Phänomen. Seit Jahren ist die Personaldeckungslücke offenkundig. Dass zu wenig ausgebildet wird, möchte ich nicht unwidersprochen lassen, denn die Eingangsklassen in der Ausbildung sind vielerorts sehr gut ausgelastet. Aller-

dings führen sowohl der durch die generalistische Ausbildung gestiegene Anspruch in der Ausbildung, sprachliche Barrieren und auch die Belastung bereits der Auszubildenden in der Praxis zu einer hohen Abbruchquote. Hier muss dringend in der Ausbildung durch breitere sozialpädagogische Unterstützung im Schulkontext – die Schulen sind nun einmal Träger der Ausbildung – gegensteuert werden.

Die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland ist hier nicht die Lösung, eine Zuwanderung in unser Ausbildungssystem erachte ich als zielführender. Auch wenn dies unser Problem des Mangels an Pflegepersonal nicht lösen kann – dies kann einzig eine gesteigerte Attraktivität.

Allerdings steigt jene nicht durch höhere Gehälter, von denen meine Schüler*innen regelmäßig berichten, dass sie durchaus gut ausgestaltet sind – v.a. bei tarifgebundenen Arbeitgebern. Damit wäre ein Aspekt genannt – der flächendeckende Tarifvertrag. Und auch gesetzliche Ausnahmen wie die maximale Höchstarbeitsdauer von 13 Tagen am Stück müssen dringend abgebaut werden. Familienfreundliche, modern gedachte und nach neuesten Erkenntnissen ausgestaltete Schichtsysteme, ordentliche Übergaben in der Arbeitszeit, verlässliche Einsatzpläne, Fahrtplanungen in der ambulanten Pflege, welche nicht zu Überstunden führen..... Es wird sehr deutlich, dass bereits grundsätzliche Dinge ange-

gangen werden müssen, um die Attraktivität überhaupt in Grundzügen steigern zu können.

Es muss um würdige, respektvolle und qualitativ gute Pflege gehen, **wo siehst Du Möglichkeiten, dies über den medizinischen Dienst hinaus zu gewährleisten,**

Magdalena Reiß:

Die Sicherstellung einer würdevollen und selbstbestimmten Pflege erfordert nicht nur einen starken medizinischen Dienst, sondern auch den Blick über den Tellerrand hinaus. Um ein gemeinsames Verständnis von ethischen Grundsätzen zu entwickeln und konkrete Maßnahmen abzuleiten, muss es in der Diskussion um folgende Aspekte gehen: Wahrung der Menschenwürde in der Pflege, die Förderung von Autonomie und Selbstbestimmung, den Umgang mit demenzkranken Menschen, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, die Sicherstellung einer angemessenen Vergütung und Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte sowie die Förderung von Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

Ein weiterer Aspekt, den wir in den Fokus nehmen sollten, ist die Stärkung der Patientenrechte. Hierzu gehören die Aufklärung über bestehende Rechte, die Unterstützung bei der Durchsetzung dieser Rechte und die Schaffung von Mechanismen zur Kontrolle und Verbesserung der Qualität der Pflege. Transparente Qualitätsstandards und eine unabhängige Qualitätskontrolle sind wesentliche Bausteine, um eine würdige und respektvolle Pflege sicherzustellen.

Um die Pflegequalität zu verbessern, sind auch andere Instrumente wichtig, wie beispielsweise die verstärkte Einbindung von Betroffenen, Angehörigen und Pflegekräften in Entscheidungsprozesse, die Förderung von Forschung und Innovation in der Pflege sowie die Schaffung von Anreizen für eine bedarfsgerechte Personalausstattung.

Wir müssen hier als Gesellschaft gemeinsam handeln, denn eine würdige Pflege ist ein zentraler Eckpfeiler einer solidarischen Gesellschaft, in der jeder Mensch unabhängig von Alter oder Gesundheitszustand ein selbstbestimmtes Leben führen kann.

Die meisten Menschen werden zuhause von ihren Angehörigen gepflegt und diese bleiben oft sich selbst überlassen und sind überfordert.

Welche Möglichkeiten siehst Du, diese „unsichtbaren Held*innen des Alltags“ besser zu unterstützen?

Sabine Knuhr:

Ende 2019 gab es in Deutschland 4,8 Millionen häuslich Pflegende, davon waren 2,5 Millionen erwerbstätig. Die Tendenz ist klar steigend, denn die Zahl der Pflegebedürftigen wächst kontinuierlich. Pflegende Angehörige erbringen eine Leistung, die leider weder gesellschaftlich noch politisch anerkannt und entsprechend honoriert wird. Es ist auch ein Frauenthema, denn 70 Prozent der pflegenden Angehörigen sind weiblich.

Die Belastungen in der häuslichen Pflege sind hoch und vielfältig. Das kann auch ich als Betroffene, die jahrelang zwischen Beruf und Familie und Oma hin und her gehetzt ist, bestätigen. Neben körperlichen Beschwerden klagen viele über psychische Belastungen aufgrund von Übermüdung, Isolierung und dem Druck, nichts falsch machen zu wollen. Ständig einsatzbereit für einen Menschen zu sein, der sich selbst nicht mehr oder unzureichend versorgt, kann auch zur völligen Erschöpfung führen.

Ich möchte als Bezirkstagskandidatin und Sozialpädagogin pflegenden Angehörigen eine Präsenz verschaffen und ihre Situation deutlich verbessern.

Meine „gewagte“ Forderung lautet: Die pflegenden Angehörigen politisch und gesellschaftlich auf den Status quo ähnlich der Kindererziehung stellen.

Pflegende Angehörige brauchen Flexibilität am Arbeitsplatz, Ausgleich von Verdienstaussfällen, Hilfen und Unterstützung aus einer Hand durch aufsuchende sozialpflegerische Fachkräfte als fest verankerte Ansprechpartner in den Stadtteilen.

Ausbau von Nachbarschaftshilfen, niedrigschwellige Erholungsmöglichkeiten, Koordination und Beschaffung von Pflegemitteln und Pflegekurse vor Ort durch Pflegelotsen, Erhöhung der Kurzzeit- und Tagespflegeplätze würden zu einer erheblichen Entlastung der Betroffenen führen.

Ich wünsche mir, dass wir uns andere Länder als Vorbild nehmen, die Spitzenreiter in Puncto Pflege sind, wie beispielsweise Dänemark. Dort wird die Pflege komplett durch den Staat und Kommunen geregelt und bedarfsdeckend finanziert. Das oberste Ziel ist eine starke Förderung von Maßnahmen und Angeboten, so dass Senioren sehr lange ohne Unterstützung durch pflegende Angehörige zu Hause gut leben können. Insbesondere Frauen profitieren davon; sie werden nicht durch Pflegeleistungen zu Hause gebunden, sondern können vollumfänglich ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen.



Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



Victor Strogies und Horst Krömker laden zu einer Busfahrt zu Einrichtungen des Bezirks ein:

Beginn 19.9.23 – 9:00

Karl-Bröger-Zentrum Nürnberg, Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg

Programm:

9:00 Abfahrt

10:15 - 11:45 Besichtigung der Landwirtschaftlichen Lehranstalten Triesdorf

11:45 - 12:30 Mittagessen in Triesdorf

12:30 Fahrt nach Bad Windsheim

13:30 Führung durch das Freilichtmuseum

16:00 Rückfahrt nach Nürnberg

Rückkunft in Nürnberg ca. 17:00

Anmeldungen bitte an Victor Strogies mit dem Betreff Busfahrt an strogies@gmail.com

Dr. Horst Krömker

Victor Strogies

Sommertreffen für AfA Mitglieder und -Interessierte im Biergarten



Wann: 23.08, 18:00

Wo: Tucherbräu am Opernhaus

Bitte Rückmeldung an: 01638948769

ALLE TERMINE AUF EINEN BLICK / AUGUST 2023

08.08.23 – 19:30 Uhr

SPD-Fischbach: Mitgliedertreffen

TSV Altenfurt,

Wohlauer Straße 16 (Skizimmer)

08.08.2023 – 19:30 Uhr

SPD Nordostbahnhof:

Sommerstammtisch mit OV Ziegelstein

Landbierparadies,

Leipzigerstr. 32,

90491 Nürnberg

11.08.23 – 18:30 Uhr

SPD-Langwasser:

Kirchweihbesuch

(Festzelt)

19.08.23 – 07:00 Uhr

SPD-Kornburg: Infostand zur

Landtags- und Bezirkstagswahl

Vor dem Bürgertreff

Bitte beachten, dass es zu terminlichen Abweichungen kommen kann. Bitte informiere dich rechtzeitig bei deinen Ortsvereinsvorsitzenden oder im SPD-Büro, ob der jeweilige Termin stattfindet.